

BRAUCHEN WIR EINE EUROPÄISCHE SOZIALUNION?

Die EU im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Sozialem



ONLINE-BÜRGERDIALOG
DO. ★ 2. DEZEMBER 2021 ★ 18⁰⁰

Mit **Dr. Christian Bäuml**, EWSA-Mitglied und 1. Stellv. Bundesvorsitzender der CDA Deutschlands, **Tanja Bergrath**, Leiterin des DGB-Verbindungsbüros in Brüssel, und **Arne Franke**, Abteilungsleiter Europa der BDA.

- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

Frage nach der Bedeutsamkeit einer Europäischen Sozialunion wurde in diesem Meeting durchaus unterschiedlich beantwortet. Die Vertreter der Arbeitnehmer sprachen sich für die Sozialunion aus, die mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft unabdingbar sei. Sozialunion heiße ja nicht, Einheitlichkeit der Sozialsysteme der EU-Mitgliedsstaaten zu erreichen, sondern die rechtlich verbindliche Sicherung von Mindeststandards in sozialen Bereichen. Der Vertreter der Arbeitgeberverbände betonte zwar die Notwendigkeit eines sozialen Europa, hielt aber eine Sozialunion praktisch nicht für machbar, eben wegen der unterschiedlichen sozialen Bedingungen sowie wegen des Einstimmigkeitsprinzips im Rat, das auf längere Zeit bestehen bleiben würde. Die Gewerkschaftsvertreter hielten dem entgegen, dass die bestehende Europäische Wirtschafts- und Sozialunion und die Europäische Grundrechtscharta ebenso wie die Europäische Säule sozialer Rechte bereits eine stabile Basis für eine Weiterentwicklung zur Sozialunion darstellen würden, die – ausgehend von Festlegungen zu Mindeststandards – einer differenzierten nationalen Umsetzung nicht im Wege stehen würde. Der perspektivisch notwendige Strukturwandel und die damit verbundene Transformation in der Wirtschaft erfordert eine Entwicklung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer sowohl im nationalen als auch im europäischen Rahmen. Aus der Teilnehmerrunde wurde in diesem Zusammenhang die Mitbestimmung als „demokratisches Triebmittel“ gesehen, wozu stabile Rechtsinstrumente zur Verfügung stehen müssen. Der Arbeitgebervertreter äußerte sich relativ skeptisch, es gäbe noch keine gültige Antwort, wie im Transformationsprozess die soziale Abfederung gestaltet werden kann. Aus Sicht der Gewerkschaften bedarf es aber gerade wegen

vieler offener Fragen eine stärkere Einbeziehung der Arbeitnehmer in die laufenden Transformationsprozesse.

Mit Blick auf die perspektivische Entwicklung betonten die drei Experten, dass die im aktuellen Koalitionsvertrag der Parteien der neuen Bundesregierung enthaltenen Aussagen mit Blick auf die europäische Zukunft sehr positiv sind. Die Bundesrepublik Deutschland erhält eine proeuropäische Regierung! Klar ist, dass Wirtschaft und Soziales immer im Zusammenhang gesehen werden müssen, dass dabei noch viele konkrete Fragen zu lösen sein werden, steht außer Frage.

Im abschließenden Diskussionsblock widmeten sich die Diskutanten der Frage, in welchem Zusammenhang die Schaffung einer Europäischen Sozialunion und die Ausprägung einer Europäischen Identität stehen. Betont wurde von den Arbeitnehmervertretern, dass die europäischen Werte und Grundrechte das Fundament einer sich bildenden europäischen Identität darstellen, wobei es sehr wesentlich sein wird, wie im Bereich des Sozialen in der EU das Einstimmigkeitsprinzip überwunden werden kann und die sozialen Fragen im Parlament diskutiert und beschlossen werden können und nicht entscheidend vor allem im Rat. Der Arbeitgebervertreter vertrat zur Identitätsproblematik die Auffassung, dass es „die“ europäische Identität wegen der nationalen kulturell-historischen Unterschiede gar nicht gebe, man müsse mehr von der „Vielfachheit einer europäischen Einheit“ ausgehen.

Die Teilnehmer des Meetings beantworteten während der Veranstaltung die Frage „Brauchen wir eine europäische Sozialunion in folgender Weise: 76 % der Diskutanten traten für ein „Ja“ ein, 18 % konnten sich nicht entscheiden, 6 % antworteten mit „Nein“.

(Berichterstatter: Joachim Gasielki)